

Washington

Warum „Bibi“ Atomgipfel schwänzt

Israels Premier fürchtet, dass seine Atomwaffen bei dem Spitzentreffen über nukleare Sicherheit zum Thema werden.

VON STEFAN GALOPPI

Am Mittwoch hatte er noch zugesagt, am Freitag sagte er wieder ab: Israels Premier Benjamin „Bibi“ Netanyahu nimmt nicht an dem Gipfel zur nuklearen Sicherheit teil, zu dem Barack Obama 43 Staats- und Regierungschefs ab Montag nach Washington eingeladen hat.

Eine offizielle Begründung dafür, warum sich Netanyahu von Geheimdienstminister Dan Meridor vertreten lässt, gibt es vorerst nicht. Ein Regierungsmitarbeiter sagte allerdings, man habe Hinweise darauf, dass eine Gruppe muslimischer Staaten unter Führung Ägyptens und der Türkei das israelische Atomprogramm zum Thema machen will.

„Nukleare Ambivalenz“ Israel gilt als die einzige Atommacht des Nahen Ostens. Die Regierung hat den Besitz von Atomwaffen bisher weder bestätigt noch dementiert („Politik der nuklearen Ambivalenz“). Der wohl bestens informierte Ex-US-Präsident Jimmy Carter



Chinas Hu Jintao (li.) kommt nach Washington. Israels Premier Netanyahu (re.) sagt ab



AP / MIRIAM ALISTER

nannte einmal die Zahl von mindestens 150 Atombomben in israelischer Hand.

Neben Indien, Pakistan und Nordkorea ist Israel das einzige Land, das dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten ist und daher auch keiner internationalen Kontrolle unterliegt. Bisher gibt es auch eine stillschweigende Übereinkunft mit den USA, dass es sein atomares Potenzial nicht offenlegen muss.

Doch die Beziehungen zwischen Netanyahu und Obama sind frostig. Der US-Präsident ist verärgert, weil Israel mit dem unbeirrten Ausbau der Siedlungen in den besetzten Gebieten sein großes Ziel einer Nahost-Friedensregelung blockiert.

Dazu kommt, dass Obama eine möglichst mächtige Front gegen den Iran aufbauen will. Und dass die USA bei Israels Atomprogramm alle

Augen zudrücken, verärgert wichtige Partner.

Bei der UNO in New York laufen bereits Verhandlungen der fünf Vetomächte und Deutschlands über empfindliche Sanktionen gegen den Iran. Sie werden sicher auch auf dem Gipfel in Washington ein Thema sein.

Sichere Arsenale Im Vordergrund steht aber ein Pakt über die Sicherung gefährlichen Atommaterials in Militär- und Forschungseinrichtungen sowie in der Medizin. Die Teilnehmer sollen sich verpflichten, diese Bestände so zu sichern, dass sie Terroristen nicht in die Hände fallen können.

Das Interesse ist groß: Chinas Präsident Hu Jintao

kommt ebenso wie Kremlchef Dmitri Medwedew und Nicolas Sarkozy. Besonderer Bedeutung wird der Teilnahme Pakistans beigemessen. Dort gilt die Gefahr als besonders groß, dass Islamisten sich spaltbares Material für eine „schmutzige Bombe“ beschaffen könnten.

Kommt in Washington eine Einigung zustande, wird das auch die Überarbeitung des Atomwaffensperrvertrags beflügeln, die im Mai beginnt. Der Vertrag trat vor genau 40 Jahren in Kraft und bedarf dringend einer Modernisierung. Er verbietet die Verbreitung von Atomwaffen, verpflichtet zur atomaren Abrüstung und garantiert das Recht auf friedliche Nutzung der Kernenergie.

Thailands Rothemden fordern Regierung und Sicherheitskräfte heraus



REUTERS / SUKREE SUKPLANG

Ausschreitungen – Der Ausnahmezustand, den die Regierung in dieser Woche verhängt hat, hält sie nicht auf: Thailands „Rothemden“, die militanten Anhänger des früheren Ministerpräsidenten Thaksin, gingen auch am Freitag zu Zehntausenden auf die Straße und prallten

dort auf die Sicherheitskräfte. Etwa 6000 Soldaten und Polizisten hatte die Regierung eigens in der Hauptstadt Bangkok zusammengezogen, um weitere Ausschreitungen im Zaum zu halten. Schließlich hatten die Regierungsgegner am Mittwoch das Parlament gestürmt.

Am Freitag richtete sich ihr Zorn gegen die größte Fernsehstation des Landes. Die Sicherheitskräfte stellten sich den Oppositionellen anfangs mit Tränengas und Wasserwerfern entgegen, räumten aber bald das Gelände, sodass die Demonstranten schließlich den

Sender übernehmen konnten. Sie protestieren damit gegen die Schließung des wichtigsten oppositionellen TV-Senders durch die Regierung.

Hauptforderung der Thaksin-Anhänger – meist ärmere Bewohner ländlicher Regionen – bleibt

der Rücktritt der Regierung unter Premier Abhisit. Diesem werfen sie vor, widerrechtlich an die Macht gekommen zu sein und nur die Interessen der Eliten zu verteidigen. Der Regierungschef wiederum steht unter Druck seiner Partei, die Proteste konsequent zu beenden.

HINTERGRUND

Androsch: Keine Angst vor China, aber vor der Wohlstandsfalle

Während Europas Wirtschaft vor sich hindümpelt, bekommt China neidische Blicke. Von den chinesischen Wirtschaftswachstumswerten können andere nur träumen, im Vorjahr lagen sie bei 8,7 Prozent.

Hannes Androsch ist mit AT&S und 500 Millionen Euro größter österreichischer Investor in der Volksrepublik. Für die Verlagerung von Teilen der Leiterplattenproduktion aus Österreich nach China musste er viel Kritik einstecken. „Ein Missverständnis“, sagt er heute, ohne China wären alle AT&S-Arbeitsplätze schon weg. „Wir können aus der österreichischen Industrie kein geschütztes Glashaus ma-

chen, wir stehen im globalen Wettbewerb. Und 80 Prozent der Leiterplatten-Produktion sind in Asien.“

Vorrang Androsch warnt aber, dass in Österreich und der EU die Basis für die Industrie zerstört wird. Das EU-2020-Ziel für mehr Wachstum sei wichtig und notwendig, aber unter den vorherrschenden Bedingungen nicht schaffbar. „Der Schlüssel heißt Qualifikation, Innovation und Investition. Es geht um Forschung und Bildung. Die Wirtschaftspolitik soll aufhören, das zu behindern.“

Die Bundes-Zuschüsse für Pensionen seien in den vergangenen Jahren von 2,6 auf

4,6 Milliarden Euro gestiegen, rechnet der Ex-Finanzminister vor. „Das ist der Betrag, den alle Unis zusammen bekommen. Sollten die Unis weiter geschöpft werden, verlieren wir endgültig die industrielle Basis und gleiten in die Wohlstandsfalle ab.“

Für Europa gelte das umso mehr, sagt Androsch. „Wir investieren jetzt schon weniger in die Forschung als die USA, die wiederum weniger investieren als Japan. Und China holt massiv auf.“

Chinas Wirtschaftswachstum dürfe man dennoch nicht überschätzen, findet Androsch. „Die starten von einem niedrigen Niveau. Und bei allen Erfolgen leben dort noch immer 800 Millio-

nen Menschen in Armut. China sagt zu Recht, dass es ein Entwicklungsland ist.“

Expo In Schanghai wird am 1. Mai die Weltausstellung eröffnet. Als Expo-Regierungskommissär sieht Androsch große Chancen für Österreich. Die Expo sei zwar keine Verkaufsmesse, es werde aber das Klima für Geschäfte aufbereitet. Das Motto „Bessere Stadt – besseres Leben“ komme uns speziell entgegen, da Wien erst kürzlich zur lebenswertesten Großstadt der Welt gewählt wurde. „Wir haben ein großes Know-how, das wir dort auch kommerziell nutzbar machen können.“

– Bernhard Gaul



SCHRAML/WILHELM

Expo in Schanghai: Globale Image-Show

Mega-Projekt Auf 5,2 Quadratkilometern Fläche werden rund 240 Nationen und internationale Organisationen vertreten sein. Erwartet werden täglich rund 400.000, insgesamt bis zu 70 Millionen Besucher. Die Expo läuft vom 1. Mai bis 31. Oktober.

Österreich Als sinnliches Erlebnis präsentiert sich Österreich: Von eiskalten Berggipfeln über Waldböden bis zu Stadtrundgängen soll das Land „begehbar“ werden.

INTERNET
<http://www.expoaustria.at/>